

**Anfrage von Herrn Stadtrat Dr. Karamba Diaby zum Bau einer
Abfallverwertungsanlage am Standort Hafen Halle
Schriftliche Anfrage vom 12.03.2010 im Ausschuss für Ordnung und
Umweltangelegenheiten**

Vor einigen Tagen war in der Presse zu lesen, dass die Firma Pyrolyx im Hafen Halle eine Abfallverwertungsanlage zur Herstellung von Carbonate, Ölen und Gase aus Gummigranulat bauen will.

Die Fragen an die Verwaltung:

1. Welche Informationen über den Betreiber Firma Pyrolyx liegen der Verwaltung vor?
2. In den Pressemitteilungen wird mehrfach der Begriff „Carbon“ gebraucht, eine Substanzbezeichnung, die es im Deutschen nicht gibt. Ist seitens der Stadt geprüft worden, inwieweit das angeblich innovative Verfahren überhaupt einen ernst zu nehmenden Hintergrund hat?
3. Wie sicher ist es, dass keine Gefahr für die BürgerInnen zu fürchten ist? Gibt es dazu wissenschaftliche Untersuchungen?
4. Wird das Verfahren von der Stadt unterstützt? Wenn ja, in welcher Form?
5. Hat es ein Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz gegeben?
6. Wie viele Arbeitsplätze werden für HallenserInnen damit geschaffen?

Antwort der Verwaltung zu 1.

Die Ansiedlung der Firma Pyrolyx Halle GmbH ist ein Ergebnis der Bemühungen des Stadtwerke-Konzerns zum wirtschaftlichen Ausbau des Saalehafens. Daher wird empfohlen, sich hinsichtlich näherer Angaben zur Firmenstruktur und zum Betreiber an die Hafen Halle GmbH zu wenden.

Antwort der Verwaltung zu 2.

Pyrolyse ist ein bekanntes und in der Wissenschaft beschriebenes Verfahren. Das Prinzip besteht darin, aus gebrauchten mineralölkohlenwasserstoffhaltigen Erzeugnissen verwertbare Bestandteile zurückzugewinnen. Die Innovation liegt im vorliegenden Fall im Ausgangsstoff: teilweise von Federstahl befreite Altreifen.

Dabei entstehen - wie auch bei anderen Pyrolyse-Verfahren - Öle, Gase und Carbon. Öle und Gase können zur Wärmeerzeugung genutzt werden. Hinter Carbon verbirgt sich Kohlenstoff (Ruß), der als Feststoff im Output der Anlage entsteht und z. B. in der Zementherstellung Verwendung finden könnte.

Antwort der Verwaltung zu 3. und 5.

Die Firma Pyrolyx Halle GmbH hat im Dezember 2008 im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt (LVvWA) den Antrag auf Errichtung und Betrieb einer „Abfallbehandlungsanlage“ gestellt.

Gemäß der Art der Behandlung durch abgestufte thermische Behandlungsschritte liegt die Verfahrensführung nach der Nummer 9.1.1.2.1. der Anlage 1 der Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten im Immissionsschutz-, Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO GewAIR) bei der oberen Immissionsschutzbehörde (LVWA).

Vor der Eröffnung des eigentlichen Genehmigungsverfahrens hat das Landesverwaltungsamt als zuständige Genehmigungsbehörde eine Einzelfalluntersuchung nach dem Gesetz zur Umweltverträglichkeit durchgeführt. Im Juli 2008 ist von der Genehmigungsbehörde festgestellt worden, dass nach Vorprüfung des Einzelfalls **keine** Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, weil keine wesentliche Beeinträchtigung der Schutzgüter stattfinden kann.

Der Betreiber hat anhand der im Genehmigungsverfahren beschriebenen Technologien und Immissions-Prognosen der oberen Immissionsschutzbehörde gegenüber schlüssig nachgewiesen, dass alle Grenzwerte eingehalten werden können. Er ist beauftragt, kontinuierliche Messungen vorzunehmen und die Ergebnisse der oberen und obersten Immissionsschutzbehörde vorzulegen. Damit werden die im Genehmigungsverfahren gemachten Prognosen auf ihre Richtigkeit im regulären Betrieb kontrolliert.

Es findet eine 24 h-Überwachung der Anlage statt. Die festgelegten Nebenbestimmungen im erteilten Genehmigungsbescheid sind ausreichend und angemessen, um jegliche Störung des Anlagenbetriebs aufzuspüren und gegebenenfalls sofort handeln zu können.

Damit ist aus der Sicht der Stadtverwaltung nach derzeitigem Kenntnisstand davon auszugehen, dass hier keine Gefahr für die BürgerInnen entsteht.

Antwort der Verwaltung zu 4.

Die Hafen Halle Trotha GmbH und damit die Stadtwerke waren von Anbeginn zuständig und federführend bei dieser Ansiedlung, was schon durch den Umstand verursacht ist, dass sich die Ansiedlungsflächen nicht Eigentum der Stadt, sondern der Stadtwerke befindet. Sämtliche Vorhaben im Hafen wurden federführend seit vielen Jahren von dort betreut.

Antwort der Verwaltung zu 6.

Nach derzeitigem Kenntnisstand werden mindestens 15 Arbeitsplätze geschaffen.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister